

Fr. 30.07.1993

Rat will keine Baubetreuung

Kindergarten im „Sprunk II“ wird ohne Überwachung der Kommunalbau errichtet

m. NACKENHEIM — Mit Mehrheit lehnten die Ortsparlamentarier vor großer Zuhörerkulisse eine Baubetreuung bei der Errichtung des neuen Kindergartens im „Sprunk II“ durch die Kommunalbau Rheinland-Pfalz ab. Der Angebotspreis beträgt rund 30 000 Mark bei einem Bauvolumen von etwa 1,3 Millionen Mark. „Wir haben den neuen Kindergarten als Fertigtbau gekauft“, sagte SPD-Sprecher Richard Speckenheuer. Man setze Vertrauen in den planenden Architekten Willi Heckelsmüller. Die angespannte Finanzlage erlaube nicht diese zusätzlichen Ausgaben.

Die CDU-Sprecher unterstützten den Verwaltungsvorschlag zur Bauüberwachung, die der Gemeinde eine Sicherheit bringe, ohne die Fähigkeiten des Architekten anzuzweifeln. Der Preis zur Überwachung der Bautätigkeit sei zu hoch, meinte dagegen BLN-Sprecher Stauder.

Stauder regte überdies ein Auffangbecken des Regenwassers zur Berieselung des Rasens an. Die Kosten würden sich schnell amortisie-

ren. Architekt Heckelsmüller erwiderte, die Vorhaltung des Regenwassers sei im Plan vorgesehen.

Bei einer Stimmenthaltung lehnte der Rat den Ankauf eines stärkeren gebrauchten Unimogs „1000“ im Tausch zum vorhandenen „600er“ zum Aufpreis von 40 000 Mark ab, weil das Fahrzeug bereits 5 792 Betriebsstunden aufzuweisen hat.

Zuvor hatte das Bürgermeister Günter Ollig ausgeführt, das vorhandene Fahrzeug bringe bei Schneeräumungen und gleichzeitiger Streuung die Motorleistung nicht. Die Folge seien dann häufige Reparaturen. Das Mehrzweckfahrzeug sei gut, allerdings würden die Gemeindebediensteten nicht genügend Sorgfalt aufbringen, meinte Günter Zerbe (FWG). Drei Getriebeschäden in kurzer Zeit ließen aufhorchen. Ollig erwiderte, der Grund der Schäden liege in der schwachen Leistung des Fahrzeuges. Beim Ankauf des Unimogs habe die Firma zu viel versprochen. Stauder regte an, Überlegungen anzustellen, den Winterdienst in private Hände zu legen.

Um die enorme Rechtsunsicherheit im bereits vor 25 Jahren beschlossenen Baugebiet „Im Gehren“ zu beseitigen, billigte der Rat einmütig den CDU-Antrag, einen neuen Bebauungsplan für rund 30 000 Mark erstellen zu lassen. Das Ortsoberrhaupt erinnerte daran, daß vor 25 Jahren Umlegung und Bebauung nach einem keineswegs rechtskräftigen Plan erfolgt seien. Spätere Überprüfungen hätten ergeben, daß heute dort Häuser stünden, wo Straßen verlaufen sollten. Bis zur Wirksamkeit des neuen Bebauungsplanes wird eine Veränderungssperre wirksam. Nach dem Prüfungsbericht der überörtlichen Revision der Haushaltsjahre 1983 bis 1989 soll die VG wegen zu spät ergangener Bescheide der Gemeinde 274 000 Mark einschließlich Zinsen erstatten. Ollig führte an, die VG sei allerdings nur zu einer Zahlung von 31 000 Mark bereit. Die Verbandsgemeinde müsse die 274 000 Mark zurückzahlen, meinte Richard Speckenheuer (SPD), weil die Beschlüsse des Rates nicht befolgt worden seien.